



Parlamentarischer Vorstoss

Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 259-2022
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☒
Geschäftsnummer: 2022.RRGR.399

Eingereicht am: 01.12.2022

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Rashiti (Gerolfingen, SVP) (Sprecher/in)
Graber (La Neuveville, SVP)
Müller (Orvin, SVP)
Schneider (Biel/Bienne, SVP)
Kullmann (Thun, EDU)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 527/2023 vom 10. Mai 2023
Direktion: Staatskanzlei
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Ablehnung**

Der 23. August als Tag des Gedenkens an die Opfer aller totalitären und autoritären Regimes

Der Regierungsrat wird beauftragt,

- den 23. August unter der Bezeichnung «Tag der schwarzen Schleife» zum jährlichen Tag des Gedenkens an die Opfer aller totalitären und autoritären Regimes zu erklären
- alle dem Kanton zur Verfügung stehenden digitalen Kommunikationsmittel zu nutzen, um den 23. August als Tag des Gedenkens an die Opfer aller totalitären und autoritären Regimes bekannt zu machen
- zukünftige Generationen über die Ideologie, die Geschichte und das Erbe totalitärer und autoritärer Regimes im 20. und 21. Jahrhundert aufzuklären

Begründung:

Der Begriff des totalitären Staates wurde vom Theoretiker des italienischen Faschismus, Giovanni Gentile, geprägt, der Mussolinis theoretische Texte verfasste. Der totalitäre Staat muss die Kontrolle über die gesamte Gesellschaft und alle ihre Bereiche übernehmen, bis die Gesellschaft, die in dem nunmehr «totalen» Staat aufgeht, verschwindet.

Die Regierung ist also völlig legitimiert, über alles zu entscheiden, was die sozialen Beziehungen betrifft, d. h. konkret, das Leben der Menschen zu kontrollieren und ihnen keine individuelle Freiheit und vor allem keine Rede- und damit auch keine Gedankenfreiheit zu lassen.

Totalitäre Regimes erscheinen mit einer «Einheitspartei» ausgestattet, die den Staat kontrolliert, der wiederum die Gesellschaft und generell alle Individuen kontrolliert. Aus totalitärer Sicht ist diese Sichtweise falsch: Es gibt nur eine Partei, weil es nur ein Ganzes, ein einziges Land gibt. Eine andere Partei zu wollen, ist bereits Verrat oder eine Geisteskrankheit (Schizophrenie: sich für mehrere halten, obwohl man nur einer ist). Der Totalitarismus, wie er von Hannah Arendt beschrieben wird, ist nicht so sehr ein politisches Regime als vielmehr eine selbstzerstörerische Dynamik, die auf der Auflösung sozialer Strukturen und permanentem Terror beruht. Edgar H. Schein zeigt, wie sich der moderne Totalitarismus der Techniken des Brainwashing (Gehirnwäsche) bedient. Dieses Phänomen wurde von Gustave Le Bon in «Psychologie der Massen» und von C. G. Jung in seiner Analyse der Kollektivpsychologie analysiert. Totalitarismen weisen immer eine kollektivistische Dimension und eine Vorherrschaft des «Wir» über das «Ich» auf. Allgemeiner zeigt der Film «I wie Ikarus» auch den Grad der Unterwerfung von Individuen unter Autorität oder Macht, ob totalitär oder demokratisch, anhand des berühmten Experiments von Stanley Milgram, im Mechanismus der Verwässerung der Verantwortung, bei der Entscheidung und Ausführung und in den Prozessen, der Art und Weise, wie die Befehle umgesetzt werden, wobei jedes Mal eine Radikalisierung dieser immer brutaleren Befehle erfolgt.

Das Individuum wird in seiner Identität und Würde verleugnet und muss dem Gefühl der Zugehörigkeit zu einer formlosen Masse weichen, die in den Augen der Machthaber und auch in seinen eigenen Augen wertlos ist. Die Hingabe an den Führer und die Nation wird zum einzigen Mittel der Existenz, das über die individuelle Form hinausgeht und zu einem Ergebnis führt, das von psychotischem Fanatismus bis hin zu Neurasthenie reicht.

Totalitäre Gesellschaften zeichnen sich beispielsweise durch das Versprechen eines «Paradieses auf Erden», «religiöse Reinheit», «Reinheit der Rasse» oder «soziale Reinheit» aus und vereinen die Masse gegen einen «objektiven Feind». Irgendwann verbünden sich diese Totalitarismen und zeigen ihre gemeinsame Ablehnung von Freiheit, parlamentarischer Demokratie und Privateigentum, wie es beim deutsch-sowjetischen Pakt der Fall war, der am 23. August 1939 geschlossen wurde. Der Pakt bestand sowohl nach aussen als auch nach innen und konnte sich ändern. Totalitäre Gesellschaften schaffen ein paranoides Perpetuum mobile von Überwachung, Denunziantentum und Umdrehung. Die Polizei- und Sondereinheiten vervielfachen sich und konkurrieren in völliger Verwirrung gegeneinander. Regelmässige Säuberungen, die vom Staatschef, dem einzigen Fixpunkt, angeordnet werden, geben das Tempo einer Gesellschaft vor, die ihre eigene Bevölkerung millionenfach ausmerzt und sich gewissermassen von ihrem eigenen Fleisch ernährt. Dieses Programm wurde bis zur Absurdität umgesetzt. Die Züge mit den Deportierten in die Lager Nazideutschlands behielten stets Vorrang gegenüber den Zügen für den Nachschub an die Front, obwohl die deutsche Armee dabei war, den Krieg zu verlieren.

Der Begriff wird oft fälschlicherweise für rechts- oder linksautoritäre Regimes verwendet, was streng genommen unzutreffend ist. So wird beispielsweise allgemein angenommen, dass die entstalinisierte UdSSR oder die Militärdiktaturen in Südamerika nicht totalitär waren, da sie zwar generell rücksichtslos waren, in der Praxis aber nicht versuchten, alle Facetten der menschlichen Aktivität zu kontrollieren, und diese selbstzerstörerische Machtdynamik nicht aufrechterhielten. Sie konnten sich mit intellektuellen Dissidenten arrangieren, solange ihre Macht gefestigt blieb. Ein totalitäres Regime zeichnet sich durch gewalttätige oder ausgeklügelte Terrormittel, ein System der Gedankenkontrolle und der Überwachung der Bürger, eine verbotene Zivilgesellschaft und die Isolation jedes Einzelnen aus.

Die Wahl des 23. August als Gedenktag und die Bezeichnung «Tag der schwarzen Schleife» gehen auf Demonstrationen zurück, die in den 1980er-Jahren in westlichen Ländern abgehalten wurden, um auf die von der Sowjetunion begangenen Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen und gegen den Deutsch-Sowjetischen Pakt zu protestieren.

Mehrere Länder in Europa und Nordamerika haben den 23. August zum Tag der Opfer aller totalitären und autoritären Regimes erklärt.

Im 21. Jahrhundert müssen wir uns an die Schrecken erinnern und verstehen, was ein totalitärer und/oder autoritärer Staat ist. Wir haben die Möglichkeit, die Lehren aus dem 20. Jahrhundert zu ziehen und eine freie Gesellschaft zu schützen, die auf individueller Freiheit, freiem Unternehmertum, wirtschaftlicher Freiheit, liberaler Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und den Grundprinzipien der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 beruht.

Ziel dieses Tages ist es, die Verbundenheit mit diesen Werten zu fördern.

Antwort des Regierungsrates

Bei der vorliegenden Motion handelt es sich um eine Motion im abschliessenden Zuständigkeitsbereich des Regierungsrates (Richtlinienmotion), da ihre Umsetzung die eigene Kommunikationstätigkeit betrifft und somit in der Aufgabenkompetenz des Regierungsrates liegt (Art. 90 Abs. 1 Bst. h KV; Art. 16 Abs. 1 IG; siehe auch Art. 9 Abs. 1 Bst. d ADSD). Der Regierungsrat hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grades der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrages, und die Entscheidungsverantwortung bleibt beim Regierungsrat.

Jede Regierung, jedes Parlament, jedes Unternehmen und auch jede Privatperson kann einen eigenen Gedenktag ausrufen. Selten gelingt es, solche Tage im Bewusstsein einer breiteren Bevölkerung zu verankern. Nur der UNO mit ihren internationalen Tagen ist dies bisher gelungen. Mit dem Tag der Vereinten Nationen am 24. Oktober ehrt sie sich seit 1948 gleich selbst. An über 100 weiteren Tagen wird an die Ozeane, die Opfer der Sklaverei oder die Opfer des Zweiten Weltkrieges erinnert. Mit der Benennung von internationalen Tagen wollen die Vereinten Nationen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf besonders drängende Fragen unserer Zeit lenken.

Der von mehreren Ländern in Europa und Nordamerika erklärte Gedenktag an die Opfer aller totalitären und autoritären Regime («Tag der schwarzen Schleife») ist zwar durchaus erinnerungswürdig, aber kein internationaler Tag der UNO. Dieser Tag ist folglich noch wenig ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit gedrungen. Eine Erklärung des Regierungsrats zum «Tag der schwarzen Schleife» würde an diesem Sachverhalt kaum etwas ändern, selbst wenn der Kanton Bern seine zur Verfügung stehenden Kommunikationsmittel dafür nutzen würde.

Im Gegensatz zu Gedenktagen kennt der Kanton Bern öffentliche Feiertage. In Ausführung von Artikel 47 der Kantonsverfassung will das Gesetz über die Ruhe an öffentlichen Feiertagen (FRG) die Ruhe an öffentlichen Feiertagen schützen, um den Menschen Erholung und gemeinsame religiöse, soziale, kulturelle und sportliche Betätigung zu ermöglichen. Öffentliche Feiertage sind die Sonntage, die hohen Festtage, nämlich Karfreitag, Ostern, Auffahrt, Pfingsten, Eidgenössischer Dank-, Buss- und Betttag und Weihnachten sowie die übrigen öffentlichen Feiertage, nämlich der Neujahrstag, der 2. Januar, der Ostermontag, der Pfingstmontag, der Bundesfeiertag und der 26. Dezember.

Der Kanton Bern kennt somit keine Tradition von Gedenktagen. Der Regierungsrat schliesst sich auch nicht internationalen Gedenktagen an. Er möchte auch keine solche Tradition neu begründen, so schrecklich und erinnerungswürdig der Totalitarismus auch ist. Eine Erklärung des Regierungsrats wäre zudem rechtlich unverbindlich und würde keinen Mehrwert bringen.

Vielmehr sind die Verantwortung und die Rolle der Schulen und der Hochschulen zur Sensibilisierung und Aufklärung über die Gefahren des Totalitarismus und menschenverachtender

Strukturen, Prozesse und Ereignisse zu betonen. Zukünftige Generationen müssen über die Entstehung, die Wirkungsweise und das Erbe totalitärer und autoritärer Regime im 20. und 21. Jahrhundert aufgeklärt werden, damit die Chance besteht, aus der Geschichte zu lernen. Dieser Stoff ist mit den damit verbundenen Zielsetzungen fester Bestandteil in den Lehrplänen und in der Forschung von Schulen und Hochschulen im Kanton Bern.

Der Regierungsrat beantragt deshalb die Motion abzulehnen.

Verteiler

– Grosser Rat